

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

VIII. LEGISLATURA
GESETZGEBUNGSPERIODE 1979

PROCESSO VERBALE
PROTOKOLL

della 59. seduta tenuta a BOLZANO il giorno 12. Dezember 1979
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE: Dr. Erich Achmüller
Vorsitz des PRÄSIDENTEN: Comm. Aldo Balzarini

Assistono i SEGRETARI: Rosa Franzelin-Werth
Beisitz der SEKRETÄRE: Gaetano D'Ambrosio

Sono assenti i CONSIGLIERI: Oskar Peterlini (entsch.)
Abwesende ABGEORDNETE: Josef Stecher (entsch.)
Alois Zingerle (entsch.)

Der Südtiroler Landtag ist in außerordentlicher Sitzung zusammengetreten, um mit der Behandlung der Tagesordnung fortzufahren.

Die Sitzung beginnt um 9.17 Uhr.

Zu Beginn ersucht Landesrat Molignoni den Punkt 21) der Tagesordnung: "Vorläufige Haushaltsgebarung für das Finanzjahr 1980 vorzuziehen, da das Gesetz innerhalb Jahresfrist von Rom genehmigt werden muß, da das Land ansonsten keine Zahlungen mehr vornehmen kann. Molignoni appelliert an die Abgeordneten und ersucht sie um ihr Verständnis.

Der Abg. Langer fragt sich ob wirklich die im Art. 31 der Geschäftsordnung vorgesehene Dringlichkeit gegeben ist.

Der Präsident erklärt, daß die Behandlung des Gesetzentwurfes als dringlich zu betrachten sei.

Der Abg. Erschbaumer erklärt sich einverstanden, allerdings unter der Voraussetzung, daß der von ihm eingebrachte Beschlußantrag Nr. 51/79, betreffend Abänderungen des Landesgesetzes über die Nutzungsrechte, behandelt wird.

Auch D'Ambrosio erklärt sich mit der Vorverlegung des Punktes 21) einverstanden, da er die Dringlichkeit, mit welcher der Gesetzentwurf behandelt werden soll, einsieht.

Es gelangt nun der Beschlußantrag Nr. 51/79, Abänderungen des Landesgesetzes über die Nutzungsrechte, zur Behandlung.

Der Präsident bringt den Beschlußantrag zur Verlesung und verliest auch 2 vom Abgeordneten Dubis eingebrachte Abänderungsanträge.

Als erster ergreift der Abg. Erschbaumer das Wort. Er weist darauf hin, daß der Streit der Nutzungsrechte bereits seit vielen Jahren andauert und es endlich an der Zeit sei eine gesetzliche Neuregelung zu schaffen, wobei ein Kompromiß angestrebt werden sollte. In den letzten Jahren seien sehr viele Interessensschaften wieder errichtet bzw. neu errichtet worden. Durch diese Wiedererrichtung von Interessensschaften die vielleicht gar nicht existiert haben, haben sich gewisse Gruppen Sonderrechte herausgeholt. Der ursprüngliche Sinn und Zweck der Gemeinnutzungsrechte war, daß sie von sämtlichen Einwohnern einer Gemeinde in Anspruch genommen werden konnten. Erschbaumer beschuldigt die Landesregierung und den zuständigen Landesrat, daß das Gesetz über die Gemeinnutzungsrechte noch immer nicht nobelliert worden ist.

Der Abg. Langer bezeichnet die heutige Regelung der Gemeinnutzungsrechte als unsozial. Er vertritt die Ansicht, daß die Neuregelung der Nutzungsrechte durch Interessenkonflikte und durch den Klassenkampf innerhalb der SVP immer wieder blockiert werde. Die Gemeinnutzungsrechte müßten von allen Bevölkerungsschichten in Anspruch genommen werden können und nicht mehr verlange seine Partei. Der Abg. Langer verweist darauf, daß er bereits einen Gesetzentwurf zur Reform der Nutzungsrechte eingebracht hat, und darin die inhaltlichen Vorstellungen der Neuen Linken enthalten seien. Langer werde sich der Stimme enthalten, damit die Landesregierung endlich daran gehe, das Gesetz neu auszuarbeiten wie dies von den Benachteiligten verlangt wird.

Der Abg. Langer bezeichnet die Verwaltung der Gemeinnutzungsrechte, wie sie seit 30 Jahren gehandhabt werde, als sehr verworren. Es bestehe eine dauernde und grobe Verletzung der Gesetzesbestimmungen. Ein von seiner Partei in der Gemeinde Bruneck eingebrachter Beschlußantrag wurde von der Mehrheit abgelehnt mit der Begründung, daß im Laufe dieses Jahres von der Landesregierung dem Landtag ein neuer Gesetzentwurf vorgelegt werde. Es sei nun endlich an der Zeit, daß dieser Gesetzentwurf vorgelegt werde. Langer weist auch darauf hin, daß verschiedene Fraktionsverwaltungen schon längst verfallen sind.

Der Abg. Mitolo nimmt ebenfalls kurz zum Beschlußantrag Stellung. Er werde für den Beschlußantrag stimmen und diese seine Ja-Stimme begründet er.

Der Abg. Dubis erklärt im Namen der SVP nicht inhaltlich zum Beschlußantrag Stellung zu nehmen, weil ein Gesetzentwurf von seiten der Landesregierung in Ausarbeitung sei. Er verweist kurz auf die von ihm eingebrachten Abänderungsanträge.

Landesrat Durnwalder verweist in seiner Replik auf den von der Landesregierung ausgearbeiteten Gesetzentwurf, der bereits in den nächsten Tagen von der Landesregierung behandelt werden soll. Noch innerhalb März 1980 soll der Gesetzentwurf dem Landtag vorgelegt werden. Durch den Gesetzentwurf hofft man eine möglichst gerechte Regelung der

Nutzungsrechte schaffen zu können.

In seiner Gegenäußerung dankt der Abg. Erschbaumer den Rednern die zu seinem Beschlußantrag Stellung genommen haben und erklärt sich mit dem ersten Abänderungsantrag der SVP einverstanden, nicht aber mit der von der SVP vorgeschlagenen Streichung des zweiten Absatzes. Mit dem dritten Abänderungsantrag erklärt sich Erschbaumer auch einverstanden. Erschbaumer ersucht daher über den Beschlußantrag nach Punkten abzustimmen. Abschließend dankt Erschbaumer im Namen der SPS allen jenen die sich für eine gerechte Regelung der Nutzungsrechte eingesetzt haben. Es erfolgt nun die Abstimmung nach Absätzen unter Berücksichtigung der von Dubis vorgeschlagenen Änderungen.

Abs. 1: mit 1 Enthaltung angenommen.

Abs. 2: mit 6 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Der Rest des Antrages wird mit 2 Enthaltungen genehmigt.

Der Antrag gilt als genehmigt.

Mit 5 Enthaltungen wird die Vorverlegung des Punktes 21) der zusätzlichen Tagesordnung: Landesgesetzentwurf Nr. 39/79: "Genehmigung zur vorläufigen Haushaltsgebarung für das Finanzjahr 1980".

Landesrat Molignoni verliest den Bericht der Landesregierung, während der Abgeordnete Valentin jenen der 3. Kommission verliest.

Der Abg. Lunger nimmt in der Generaldebatte zum Gesetzentwurf Stellung und begründet ausführlich, warum er dem Gesetzentwurf nicht zustimmen könne.

Der Abg. Sfondrini möchte wissen, ob es zur Regel geworden sei, daß jedes Jahr sich das Land bis 30. April mit einem provisorischen Haushalt begnügen müsse. Diese Institution sei nur für Ausnahmefälle vorgesehen.

Auch der Abg. D'Ambrosio spricht sich in diesem Sinne aus und kündigt an, daß seine Fraktion gegen den Gesetzentwurf stimmen werde. An seine Darlegungen knüpft er politische Überlegungen bezüglich des Attentats an der Piazza Fontana in Mailand und der jüngsten Sprengstoffanschläge in Südtirol die auf ein Wiederaufleben des Nationalismus hindeuten.

Der Abg. Langer betont, daß die Landesregierung im letzten Jahr sich verpflichtet hätte, für das Jahr 1980 den Haushalt rechtzeitig einzubringen. Er erwähnt auch den Landesentwicklungsplan und betont, daß dieser die Grundlage des geplanten Dreijahreshaushaltes sei und man möglichst bald eine Diskussion zu genanntem Entwicklungsplan im Landtag anberaumen müsse.

Auch der Abg. Mitolo wird gegen den vorläufigen Haushalt stimmen und er betont unter anderem auch, daß es endlich an der Zeit wäre, dieses System abzuändern.

Landesrat Molignoni nimmt nun zu den Ausführungen seiner Vorredner Stellung und betont nochmals die Wichtigkeit der Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes.

Der Übergang zur Sachdebatte erfolgt mit 6 Gegenstimmen.

Art. 1: der Abg. Erschbaumer nimmt zum Gesetzentwurf als solchen Stellung und unterstreicht die Wichtigkeit der termingerechten Erstellung des Landeshaushaltes. Der Artikel wird mit 6 Gegenstimmen angenommen.

Art. 2: mit 6 Gegenstimmen angenommen.

Art. 2/Bis: als Zusatzantrag vom Landesrat Molignoni eingebracht, wird von diesem erläutert und mit 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Art. 3: in Neufassung von Landesrat Molignoni eingebracht und mit 19 Ja-Stimmen, 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Der Gesetzentwurf als ganzer wird von 28 Abstimmenden mit 22 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen angenommen.

Landesrat Molignoni ersucht um Einberufung der Fraktionssprechersitzung um sich über den weiteren Arbeitsplan beraten zu können.

Der Präsident gibt dem Ansuchen statt (12.10 Uhr).

Wiederaufnahme der Sitzung um 12.40 Uhr.

Der Präsident gibt die Beschlüsse der Fraktionssprecher bekannt.

Freitag, den 14. Dezember Landtagssitzung von 9 bis 14 Uhr.

Dienstag, den 18. Dezember Landtagssitzung von 9 bis 14 Uhr, um 16 Uhr Fraktionssprechersitzung und von 20 bis 24 Uhr Nachtsitzung.

Mittwoch, den 19. Dezember Landtagssitzung von 9 bis 16 Uhr durchgehend, mit einer

halben Stunde Mittagspause. Weiters teilt der Präsident mit, daß als nächstes der Punkt 7) der Tagesordnung, dann die Punkte 22) und 23) und der Punkt 29) zur Behandlung gelangen. Am kommenden Dienstag werden keine Anfragen behandelt.

Punkt 7) der Tagesordnung: Beschlusantrag Nr. 45/79, eingebracht durch die Landtagsabgeordneten Gouthier, D'Ambrosio, Stecher und Sfondrini betreffend die Zusammensetzung des Landeswirtschafts- und Sozialbeirates.

Der Abg. D'Ambrosio nimmt zum Beschlusantrag ausführlich Stellung und betont, daß im Landeswirtschafts- und Sozialbeirat die Gewerkschaften nicht entsprechend ihrer Stärke vertreten seien. Durch den Beschlusantrag solle erwirkt werden, daß diesem Zustand Abhilfe geschaffen werde.

Der Abg. Langer bezeichnet die Haltung der Landesregierung zu den Gewerkschaften als arbeiterfeindlich. Durch die Unterstützung des ASGB werde die Spaltung unter der Arbeiterschaft gefördert. Den Landeswirtschafts- und Sozialbeirat bezeichnet Langer in seiner heutigen Form als eine Augenauswischorganisation. Die jüngsten Sprengstoffanschläge seien die Früchte der Politik der Landesregierung.

Der Abg. Sfondrini betont ebenfalls, daß die Arbeiterschaft durch ihre Gewerkschaften nicht entsprechend im Gremium vertreten sei. Durch diesen Beschlusantrag, dessen Annahme Sfondrini befürwortet, könne die Lage saniert werden.

Der Abg. Erschbaumer bedauert es, daß es nicht gelungen sei, in Italien eine Einheitsgewerkschaft zu gründen. Auf die Situation in Südtirol anspielend betont Erschbaumer, daß nicht der gesamte ASGB Volkspartei abhängig sei. Der Industriellenverband sei wesentlich stärker und die Wirtschaftsverbände hätten alles Interesse die Arbeiterschaft zu spalten. Die Landesregierung mache sich durch ihre Politik mitschuldig an der Radikalisierung der Lage. Er jedenfalls wird für den Beschlusantrag stimmen.

Ende der Sitzung um 14.05 Uhr.

/tm

DIE SEKRETÄRE

Rosa Franzelin-Werth

Rosa Franzelin-Werth

Gaetano D'Ambrosio

Gaetano D'Ambrosio

Oskar Peterlini

Oskar Peterlini

DER PRÄSIDENT

Erich Achmüller
Dr. Erich Achmüller

DER VIZEPRÄSIDENT

Aldo Balzarini
Comm. Aldo Balzarini

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

VIII. LEGISLATURA /1979
GESETZGEBUNGSPERIODE

PROCESSO VERBALE
PROTOKOLL

della ^{59^} seduta tenuta a BOLZANO il giorno 12 dicembre 1979
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE: dott. Erich Achmüller
Vorsitz des PRÄSIDENTEN: comm. Aldo Balzarini

Assistono i SEGRETARI: Rosa Franzelin-Werth
Beisitz der SEKRETÄRE: Gaetano D'Ambrosio

Sono assenti i CONSIGLIERI: Oskar Peterlini (giust.)
Abwesende ABGEORDNETE: Josef Stecher (giust.)
Alois Zingerle (giust.)

Il Consiglio provinciale si è riunito in sessione straordinaria per proseguire nella trattazione dell'ordine del giorno.

La seduta inizia alle ore 9.17.

L'Ass. Molignoni chiede che venga anticipata la trattazione del punto 21) all'ordine del giorno : Disegno di legge provinciale n. 39/79: "Auto-rizzazione all'esercizio provvisorio del bilancio per l'anno finanziario 1980", facendo presente che questa legge deve essere approvata da Roma entro quest'anno, affinché la Provincia possa provvedere ai pagamenti pendenti. L'Ass. Molignoni si appella alla comprensione dei consiglieri.

Il cons. Langer si chiede, se sussista veramente l'urgenza, come prevista all'art. 31 del Regolamento interno.

Il Presidente precisa, che la trattazione del provvedimento è da considerarsi urgente.

Il cons. Erschbaumer si dichiara d'accordo, però a condizione che la sua mozione n. 51/79, concernente modifiche alla legge in materia di diritti di uso civico, venga trattata.

Anche il cons. D'Ambrosio si dichiara d'accordo sull'anticipazione del punto 21), riconoscendo che questo disegno di legge è da trattarsi con urgenza.

Il Consiglio passa quindi alla trattazione della mozione n. 51/79 concernente modifiche alla legge sui diritti di uso civico.

Il Presidente dá lettura della mozione e di due emendamenti presentati dal cons. Dubis.

Aperta la discussione, chiede per primo la parola il cons. Erschbaumer. Egli osserva innanzitutto che le divergenze sui diritti di uso civico, durano da molti anni e che è tempo di provvedere finalmente ad una nuova regolamentazione della materia, cercando di trovare una soluzione di compromesso. Egli fa quindi presente, che negli ultimi anni sono state costituite risp. ricostituite molte interessenze e che attraverso la costituzione di interessenze, che precedentemente non esistevano, determinati gruppi sono riusciti a crearsi privilegi. Dopo aver ricordato che il fine originario dei diritti di uso civico, consisteva nel fatto che di essi potessero beneficiare tutti gli abitanti di un comune, il cons. Erschbaumer accusa la Giunta provinciale e l'Assessore competente, di non avere ancora provveduto alla riforma della legge in materia.

Secondo il cons. Langer, l'attuale regolamentazione dei diritti di uso civico non è concepita in modo sociale. A suo avviso una nuova regolamenta-

zione dei diritti di uso civico, viene continuamente ostacolata da conflitti di interesse e dalla lotta di classe esistente in seno all'SVP. Il cons. Langer dichiara altresí che i diritti di uso civico, dovrebbero andare a beneficio di tutti i ceti della popolazione, come chiede il suo partito. Egli comunica infine che si asterrá dal voto, affinché la Giunta provinciale provveda finalmente ad una riforma della legge in materia, secondo la richiesta dei cittadini svantaggiati.

Nel prendere la parola, il cons. Lunger definisce molto confusa la amministrazione dei diritti di uso civico esercitata da 30 anni a questa parte. A suo avviso ci si trova di fronte ad una continua grave violazione delle norme legislative. Egli fa presente che una mozione presentata dal suo partito nel comune di Brunico, é stata respinta dalla maggioranza con la motivazione che entro quest'anno la Giunta avrebbe presentato un nuovo disegno di legge al Consiglio. Il cons. Lunger sottolinea infina la necessitá e la urgenza della presentazione di questo provvedimento, facendo anche presente che diverse amministrazioni frazionali sono già da molto tempo decadute.

Prendendo brevemente posizione sulla mozione, il cons. Mitolo dichiara che dará il proprio assenso alla medesima ed illustra i motivi di questo suo atteggiamento.

Nel prendere la parola, il cons. Dubis dichiara a nome dell'SVP, di non voler prendere posizione sul contenuto della mozione, poiche' la Giunta sta elaborando un disegno di legge in materia. Egli si limita quindi ad illustrare brevemente i suoi emendamenti.

Nella sua replica l'Ass. Durnwalder rimanda al disegno di legge elaborato dalla Giunta, che verrà già esaminato nei prossimi giorni. Dopo aver comunicato, che il provvedimento in parola dovrà venire presentato al Consiglio ancora entro il mese di marzo 1980, egli osserva che si spera di disporre così di uno strumento per garantire una regolamentazione possibilmente equa dei diritti di uso civico.

Il cons. Erschbaumer ringrazia gli oratori che hanno preso posizione sulla mozione e dichiara di essere d'accordo sul primo emendamento, ma non sullo stralcio del secondo comma proposto dall'SVP. Egli si dichiara inoltre d'accordo sul terzo emendamento e chiede che la mozione venga votata per singoli punti. Il cons. Erschbaumer conclude ringraziando a nome dell'SPS tutti coloro che si sono impegnati per una equa regolamentazione dei diritti di uso civico.

La mozione viene quindi posta in votazione per singoli commi, con le modifiche proposte dal cons. Dubis. La votazione ha il seguente esito:
primo comma: approvato a maggioranza con 1 astensione;
secondo comma: respinto a maggioranza con 6 voti favorevoli e 4 astensioni.

La parte rimanente della mozione viene approvata a maggioranza con 2 astensioni. La mozione risulta così approvata.

Il Consiglio approva quindi in maggioranza con 5 astensioni l'anticipazione del punto 21) dell'ordine del giorno suppletivo: Disegno di legge provinciale n. 39/79: "Autorizzazione all'esercizio provvisorio del bilancio per l'anno finanziario 1980".

L'Ass. Molignoni dá lettura della relazione della Giunta e il cons. Valentin di quella della terza Commissione legislativa.

In sede di discussione generale, il cons. Lunger prende posizione sul provvedimento ed illustra circostanziatamente i motivi per i quali non può votare a favore del medesimo.

Il cons. Sfondrini desidera sapere se é ormai divenuto regola il fatto che la Provincia debba accontentarsi ogni anno di un Bilancio provvisorio fino al 30 aprile, facendo presente al riguardo che questa possibilità é prevista solo per casi eccezionali.

Nell'associarsi a quanto osservato dal cons. Sfondrini, il cons. D'Ambrosio preannuncia il voto contrario del suo gruppo. Egli svolge quindi alcune considerazioni politiche in merito all'attentato di Piazza Fontana a Milano e ai recenti attentati dinamitardi in Alto Adige, che segnalano un risveglio del nazionalismo.

Il cons. Langer fa innanzitutto presente che l'anno scorso la Giunta si era impegnata a presentare in tempo utile, il Bilancio per l'esercizio finanziario 1980. Nel far presente che il piano provinciale di sviluppo, costituisce la base del programmato bilancio triennale, egli sottolinea la necessità di svolgere al piú presto una discussione in seno al Consiglio sul cosiddetto piano di sviluppo.

Il cons. Mitob dichiara che voterá contro il Bilancio provvisorio e ribadisce che sarebbe veramente tempo di cambiare sistema.

L'Ass. Molignoni prende posizione su quanto rilevato dai consiglieri intervenuti, sottolineando ancora una volta quanto sia importante l'approvazione di questo disegno di legge.

Chiusa la discussione generale, il passaggio alla discussione articolata viene approvato a maggioranza con 6 voti contrari.

Art. 1: il cons. Erschbaumer prende posizione sul provvedimento in esame

e sottolinea l'importanza della predisposizione del Bilancio provinciale entro i termini previsti. L'articolo viene approvato a maggioranza con 6 voti contrari.

Art. 2: approvato a maggioranza con 6 voti contrari.

L'articolo 2/bis presentato come articolo aggiuntivo dell'Ass. Molognioni, viene approvato, dopo l'illustrazione, a maggioranza con 5 voti contrari e 1 astensione.

L'art. 3 . il cui inserimento viene proposto dall'Ass. Molognioni, viene approvato con 19 voti favorevoli, 5 voti contrari e 1 astensione.

Il disegno di legge nel suo complesso viene approvato con 22 voti favorevoli e 6 voti contrari su 28 votanti.

A questo punto l'Ass. Molognioni chiede che venga convocata una riunione dei capigruppo per discutere sulla prosecuzione dei lavori.

Il Presidente accoglie la richiesta (ore 12.10).

La seduta riprende alle ore 12.40.

Il Presidente comunica quanto convenuto dai capigruppo in ordine al calendario dei lavori: venerdì, 14 dicembre, seduta del Consiglio provinciale dalle ore 9 alle ore 14; martedì, 18 dicembre, seduta del Consiglio provinciale dalle ore 9 alle ore 14; alle ore 16, riunione dei capigruppo e dalle ore 20 alle ore 24, seduta notturna. Per mercoledì, 19 dicembre, è prevista una seduta del Consiglio dalle ore 9 alle ore 16, con mezz'ora di intervallo a mezzogiorno. Il Presidente comunica inoltre che il prossimo punto che verrà trattato è il punto 7) dell'ordine del giorno e che successivamente verranno trattati i punti 22), 23) e 29), facendo presente che martedì prossimo non verranno trattate interrogazioni ed interpellanze.

Punto 7) all'ordine del giorno: Mozione n. 45/79, presentata dai cons. Gouthier, D'Ambrosio, Stecher e Sfondrini, concernente la composizione del CESP.

Nell'illustrare circostanziatamente la mozione, il cons. D'Ambrosio lamenta che i sindacati non sono adeguatamente rappresentati in seno al CESP e fa presente che con la mozione in oggetto si intende porre rimedio a questa situazione.

Il cons. Langer definisce l'atteggiamento della Giunta provinciale, nei confronti dell'organizzazione sindacale, ostile ai lavoratori. A suo avviso attraverso l'appoggio all'ASGB viene promossa la divisione fra i lavoratori. Egli definisce il CESP, nella sua attuale forma, un'organizzazione che serve solo a gettare polvere negli occhi. Concludendo, egli dichiara che i

recenti attentati dinamitardi sono i frutti della politica della Giunta provinciale.

Anche il cons. Sfondrini lamenta il fatto che i lavoratori non siano sufficientemente rappresentati in seno al CESP. Egli sottolinea infine che la situazione potrebbe venire sanata attraverso questa mozione, di cui egli auspica la approvazione.

Nel prendere la parola, il cons. Erschbaumer si rammarica per il fatto che in Italia non si é riusciti a fondare un sindacato unitario. In riferimento alla situazione vigente in Alto Adige, il cons. Erschbaumer tiene a precisare che l'ASGB non dipende direttamente dalla Volkspartei. Egli osserva inoltre che l'associazione degli industriali é molto piú forte e che le organizzazioni economiche hanno tutto l'interesse di dividere i lavoratori. Concludendo, egli dichiara che attraverso la propria politica la Giunta provinciale si rende corresponsabile per la radicalizzazione della situazione. Egli preannuncia infine il suo voto favorevole alla mozione.

La seduta termina alle ore 14.05.

I SEGRETARI

Rosa Franzelin-Werth
Rosa Franzelin-Werth

Gaetano D'Ambrosio
Gaetano D'Ambrosio

Oskar Peterlini
Oskar Peterlini

IL PRESIDENTE

Erich Achmüller
dott. Erich Achmüller

Aldo Balzarini
comm. Aldo Balzarini